©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

CHRISTOPH NONN

DAS GODESBERGER PROGRAMM UND DIE KRISE DES RUHRBERGBAUS

Zum Wandel der deutschen Sozialdemokratie von Ollenhauer zu Brandt

Was haben die Krise des Ruhrbergbaus und das Godesberger Programm der SPD miteinander zu tun? Auf den ersten Blick nichts, obwohl sie zeitlich eng beieinander liegen. Der krisenhafte Einbruch der Kohlekonjunktur an der Ruhr in den späten fünfziger Jahren war der Anfang vom Ende des als „Wirtschaftswunder" bekannt gewordenen großen Booms der Nachkriegszeit. Das Wachstum der als Schlüsselindustrie angesehenen Bergbaubranche hörte schlagartig auf und ging in Schrumpfung über. Hintergrund dieser Entwicklung war hauptsächlich das Vordringen von Importenergien aus Übersee, besonders des Öls. Denn dies führte zu einer chronisch werdenden Absatzkrise des deutschen Steinkohlenbergbaus. Im Ruhrgebiet waren die Arbeitsplätze von mehr als einer halben Million Bergleute gefährdet. Massendemonstrationen der „Kumpel" im „Revier" und in Bonn waren die Folge. Zwischen den Befürwortern eines Schutzes der heimischen Kohle und den Anhängern des freien Zugangs zu billigen Importenergien entbrannten 1958/59 heftige Auseinandersetzungen[1].

Zum gleichen Zeitpunkt traten die Beratungen über ein neues Grundsatzprogramm der SPD in die entscheidende Phase. In auffallendem Gegensatz zu allen früheren programmatischen Kundgebungen der deutschen Sozialdemokratie findet sich jedoch im Godesberger Programm kein Wort über den Bergbau – obwohl dessen krisenhafte Entwicklung gerade jetzt ein zentrales innenpolitisches Problem darstellte.

Schon allein deshalb erscheint es zweifelhaft, ob „Godesberg" wirklich „die Theorie durch ein praxisverbundenes politisches Programm ersetzt" hat, wie es eine der SPD verbundene Geschichtsschreibung interpretiert[2]. Oberflächliche Kritik an angeb-

[1] Vgl. Werner Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984, S. 87–165; Karl Lauschke, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlenkrise 1958–1968, Marburg 1984; Peter Schaaf, Ruhrbergbau und Sozialdemokratie. Die Energiepolitik der Großen Koalition 1966, Marburg 1978 (sehr tendenziös). – Dieser Beitrag entstand im Zusammenhang mit meiner Studie: Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001.

[2] Die unglückliche Formulierung bei Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin 1982,

VfZ 50 (2002)
® *Oldenbourg 2002*

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

licher Prinzipienlosigkeit des Programms geht freilich ebenso fehl. Zwar fand auf dem außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg 1959 eine Entschlackung des sozialdemokratischen Ideenhaushalts um marxistische Elemente statt. Die dadurch entstandenen Lücken in der Theorie wurden aber mit liberalen Elementen aufgefüllt. Ein wirkliches Vakuum bildete sich dagegen bei den Anweisungen für praktische Politik. Das galt besonders für den wirtschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms. Auch hier wurde der liberale Grundwert der Freiheit betont. Diese sollte allerdings gerade durch „Kontrolle wirtschaftlicher Macht" gewährleistet werden, deren konkrete Umsetzung ungeklärt blieb. Typisch für den Mangel an Klarheit, und in der Öffentlichkeit wie auf dem Godesberger Parteitag 1959 besonders umstritten, waren die schwammigen Formulierungen zur Frage der Sozialisierung, deren eindeutige Bejahung gerade für den Bergbau bisher eine Konstante sozialdemokratischer Politik gewesen war. So ließen die Aussagen des Programms zum „Gemeineigentum" solche Leerstellen, dass sie von Zeitgenossen gleichermaßen als Verzicht auf die Sozialisierung wie als „Generalvollmacht" dazu interpretiert wurden[3].

Das Vorgehen der SPD hatte freilich Methode, und es hing tatsächlich sehr eng mit der Bergbaukrise zusammen. Deckt man diese Zusammenhänge auf, ergeben sich neue Einsichten in die Natur des Wandlungsprozesses der SPD und damit letztlich auch in den Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland im Umbruch von den fünfziger zu den sechziger Jahren.

Innerparteiliche Richtungsdebatten

Die Reformbewegung für ein neues Grundsatzprogramm erhielt in der SPD durch die Bundestagswahlen von 1957 entscheidenden Auftrieb. Das Ergebnis der Wahlen erschien den mit hohen Erwartungen in den Wahlkampf gezogenen Sozialdemokraten als totales Desaster. Zwar hatte die SPD Stimmen- und Mandatszuwachs verbuchen können. Aber diese bescheidenen Erfolge verblassten subjektiv vollkommen gegenüber den außerordentlichen Gewinnen der CDU/CSU. Auf Kosten der fast ganz verschwindenden kleineren Parteien erreichte die Hauptrivalin der SPD eine absolute Mehrheit. In welcher Endzeitstimmung sich führende Sozialdemokraten deshalb befanden, lässt sich etwa aus der im Parteivorstand laut werdenden Befürchtung ablesen, die Bundesrepublik steuere auf eine „Einparteienherrschaft" nach dem Muster von „Orwells 1984" zu[4]. In einer Diskussion Hamburger Sozialdemokraten

S. 453. Klotzbach bietet gleichwohl die bislang umfassendste Analyse von Zustandekommen und Inhalt des Programms, die zudem, wie sonst nur noch die Darstellung bei Hartmut Soell, Fritz Erler. Eine politische Biographie, Berlin 1976, auch auf Kenntnis archivalischer Quellen beruht.

[3] Vgl. den Text des Godesberger Programms, zit. nach Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 678–681; zeitgenössische Stimmen referiert bei Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 454.

[4] Notizen zum Referat von Fritz Heine (September 1957), in: Archiv der sozialen Demokratie (künftig: AdsD), Parteivorstand (PV), Bestand Ollenhauer 397.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurde sogar die „Gefahr des klerikohalbfaschistischen, autoritären Staates" an die Wand gemalt[5].

Die Lage schien nicht zuletzt auch deswegen so düster, weil man einen Hauptgrund der relativen Schwäche der SPD im Verlust ihres traditionellen Wählerpotentials unter der Arbeiterschaft sah. Die ersten internen Auswertungen der Bundestagswahl von 1957 stimmten darin überein, dass die Partei besonders in Nordrhein-Westfalen und seinem industriellen Herz, dem Ruhrgebiet, Anhänger unter den Arbeitern verloren habe. Dem stünden Gewinne in ihr bisher nur schwer zugänglichen Gruppen wie Landwirten, Katholiken und Mittelständlern gegenüber[6]. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Diskussion um Konsequenzen aus dem Wahlergebnis, die sich inhaltlich vor allem um die alte Frage nach sozialdemokratischer Identität zwischen „Volks"- und „Arbeiterpartei" drehte. Die Kontroverse darüber lässt sich zurückverfolgen bis zur Fusion von Lassalles Allgemeinem Deutschen Arbeiterverein und Bebels Sächsischer Volkspartei 1869. Die „Doppelnatur" der SPD wurde im Lauf ihrer langen Geschichte immer wieder Thema, wenn vorübergehende Einbrüche in nichtproletarische Wählerschichten gelangen[7]. Dennoch war ihr Selbstverständnis bisher immer noch eher das einer Arbeiterpartei geblieben.

Dagegen argumentierte jetzt eine Gruppe überwiegend jüngerer Politiker und Gewerkschafter, deren Sprecher im Parteivorstand zunächst Carlo Schmid war, angesichts der Wahlergebnisse verstärkt dahingehend, die Sozialdemokratie müsse sich nicht nur grundsätzlich für andere Schichten öffnen, sondern auch „Verbürgerlichungstendenzen" in der Arbeiterschaft Rechnung tragen[8]. Vor dem Gelsenkirchener Unterbezirk führte Helmut Schmidt aus, dass das „Klassenbewusstsein der Arbeiter im Schwinden" sei, während die Angestellten keines hätten und keines entwickeln würden. Es müsse darum Aufgabe der Partei sein, den verlorengehenden Kontakt zur „Bewusstseinslage der Arbeitnehmer" wiederzugewinnen[9]. Dagegen mahnte etwa Wolfgang Abendroth ein Festhalten an marxistisch-proletarischen Prinzipien an[10]. Auch der Vorsitzende Erich Ollenhauer als Repräsentant der alten Führungsriege erklärte nach der Bundestagswahl 1957: „Die SPD muss in ihrem Kern

[5] Das „innenpolitische Ergebnis" der Bundestagswahl werde eine „Faschisierung" sein. Aufzeichnungen in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt 5249.

[6] Vgl. die Aufzeichnungen über die Sitzungen des PV am 18. 9. und dessen gemeinsame Sitzung mit Kontrollkommission und Parteiausschuss am 25./26. 9. 1957, in: AdsD, PV und Depositum Schmidt 5249.

[7] Vgl. Helga Grebing, Arbeiterbewegung. Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1985; Karsten Rudolph, The Saxon People's Party, in: James Retallack (Hrsg.), Saxony in German History. Culture, society, and politics 1830–1933, Ann Arbor 2000; Christoph Nonn, Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1996; Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD, Darmstadt 1992.

[8] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 18. 9. 1957, in: AdsD; „Niedersachsen-Bericht: Betrachtungen zum Wahlausgang vom 15. 9. 1957", datiert v. 29. 10. 1957, in: AdsD, PV, Bestand Ollenhauer 397; Vorwärts v. 1. 11. 1957; vgl. auch Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 418.

[9] Redenotizen, 10. 10. 1957, in: AdsD, Depositum Helmut Schmidt 5249.

[10] Vgl. Abendroths „Leitsätze" im Vorwärts v. 8. 11. 1957.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Arbeiterpartei bleiben."[11] Ollenhauers Wahlkampf etwa im Ruhrgebiet hatte sich dementsprechend in traditionellen Bahnen bewegt: Er war eindeutig auf die Arbeiter ausgerichtet[12].

Daneben war von der SPD aber auch ein Wahlkampf geführt worden, der sich an alle Wähler in ihrer Eigenschaft als Verbraucher richtete. Dass spätestens im Wirtschaftswunderboom die Konsummöglichkeiten der Arbeiterschaft und die des Bürgertums sich angeglichen und subjektiv oft größere Bedeutung gewonnen hatten als eine abstrakte „Klassenlage", war in den sozialdemokratischen Reihen nicht unbemerkt geblieben. Selbst traditionelle Marxisten klagten darüber, dass „das politische Bewusstsein einem übersteigerten Konsumentenbewusstsein gewichen" sei: „Bis weit in die Kreise der Arbeiterschaft wird der sogenannte Staatsbürger im Ladengeschäft erzogen."[13] Der Schriftführer des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand fasste die in der zeitgenössischen Soziologie dazu gemachten Beobachtungen bezeichnenderweise in dem Begriff der „nivellierten Verbrauchergesellschaft" zusammen[14].

Wichtigster Vertreter dieser verbraucher- und volksparteilich ausgerichteten Wahlkampfstrategie war der Wirtschaftsexperte der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion Heinrich Deist. Angesichts weit verbreiteter Unruhe über anziehende Inflationsraten hatte er 1955/56 mit der Forderung nach stärker konsum- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik zu einem beträchtlichen Popularitätsgewinn der Sozialdemokraten beigetragen. Meinungsumfragen sahen in der zweiten Jahreshälfte 1956 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik SPD und CDU/CSU gleichauf oder sogar die Sozialdemokratie vorn[15]. Die Freigabe der Kohlepreise und der dann folgende Preisanstieg waren in diesem Rahmen ein besonders beliebtes Ziel sozialdemokratischer Agitation. Als die Inflationsrate 1957 wieder absank und die SPD auch deshalb in der Wählergunst wieder zurückfiel, orakelten Partei und Gewerkschaften, dass Preiserhöhungen von den Unternehmen nur bis nach der Bundestagswahl

[11] Zit. nach Notizen über die Konferenz von PV, Bezirkssekretären und -kassierern in Bonn v. 26. 9. 1957, in: AdsD, Depositum Schmidt 5249.

[12] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 14. 8. 1957 (Fritz Heine), in: AdsD; Rede Ollenhauers vor Vorstand, Kontrollkommission und Parteiausschuss, 25. 9. 1957, in: AdsD, Depositum Schmidt 5249.

[13] Viktor Agartz, Die Nachkriegsentwicklung im kapitalistischen System Westdeutschlands und die sozialistischen Gegenwartsaufgaben, o. O. 1958, S. 17.

[14] Memorandum „Nivellierte Verbrauchergesellschaft" von Rudolf A. Pass (9. 11. 1957), in: AdsD, PV, 04636. Hier machte man eine Anleihe bei Helmut Schelsky, für den bereits die Nivellierung des Konsums der deutlichste Ausdruck der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" war: Helmut Schelsky, Die Bedeutung des Schichtungsbegriffs für die Analyse der gegenwärtigen Gesellschaft (1954), abgedruckt in: Ders., Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf 1965, S. 331–336, und ders., Einleitung zu: David Riesman u. a., Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Darmstadt 1956, S. 17–20.

[15] Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, hrsg. v. Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Allensbach 1957, S. 262 f; Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 382–384.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zurückgehalten würden[16]. Die exakt einen Tag nach dem überwältigenden Wahlsieg der CDU/CSU erfolgende Ankündigung des Unternehmensverbands Ruhrbergbau, die Kohlepreise erneut zu erhöhen, war daher ein gefundenes Fressen für die Opposition[17].

Mit den verstärkten Bemühungen, durch gezielte Ansprache von Konsumenteninteressen die Anziehungskraft der SPD über ihre traditionelle Arbeiterklientel hinaus zu erhöhen, korrespondierte ein Drängen der Parteireformer, sich vom traditionellen Programmpunkt der Sozialisierung zu lösen[18]. Schon vor der Wahl war Kritik an den Sozialisierungsforderungen des Aktionsprogramms von 1952/54 laut geworden. Darin hatte es geheißen, dass „eine dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Versorgung mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere mit Kohle, Eisen, Stahl und Energie [...] nur durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum zu sichern" sei[19]. Heinrich Deist, Karl Schiller und Helmut Schmidt kritisierten im Vorfeld der Bundestagswahl diese Formulierungen und betonten stattdessen die Bedeutung von Wettbewerb und öffentlicher Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Dagegen formierte sich heftige und starke Opposition der marxistischen Traditionalisten. Sie wollten nicht nur den Bergbau und den übrigen Montansektor, sondern auch andere Wirtschaftsbereiche wie Banken und Versicherungen in „Gemeinwirtschaft" überführt sehen[20].

Das sozialdemokratische Programm für die Bundestagswahl 1957 sparte die umstrittene Frage weitgehend aus. Klare Aussagen zu Umfang und Modalitäten einer Sozialisierungspolitik fehlten. Zu Kohle- und Atomwirtschaft hieß es allerdings, diese erforderten „einen riesigen Kapitalaufwand, der nur mit Hilfe der öffentlichen Hand aufgebracht werden" könne, und seien deshalb „unter demokratischer Kontrolle" zu betreiben[21]. Der Parteivorstand gab im Wahlkampf zudem eine von Willi Eichler verfasste Broschüre heraus, die den Satz enthielt, eine „gesunde Entwicklung" sei „in vielen Wirtschaftszweigen nur dann gewährleistet, wenn wichtige Unternehmen im Besitz der öffentlichen Hand sind"[22]. Auch damit blieb aber

---

[16] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 14. 8. 1957, in: AdsD; Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 152 f.

[17] Vgl. Werner Abelshauser, Kohle und Marktwirtschaft. Ludwig Erhards Konflikt mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau am Vorabend der Kohlenkrise, in: VfZ 33 (1985), S. 489–546.

[18] Im Gegensatz zu außenpolitischen Debatten sind die daraus entstehenden Konflikte in der Partei bisher nicht näher untersucht, sondern selbst bei Klotzbach, Weg zur Staatspartei, links liegengelassen worden – in auffälligem Kontrast auch zum Einsatz der noch einigen SPD um die Sozialisierung in den Nachkriegsjahren.

[19] Zit. nach Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, S. 462 f.

[20] Vgl. Protokoll: Die Neuordnung Deutschlands: Sozialdemokratische Vorschläge und Forderungen zu innenpolitischen Gegenwartsaufgaben, vorgetragen auf dem SPD-Kongress in Köln am 14./15. 1. 1956, S. 65–81; Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, passim; Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 375–378.

[21] Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 669.

[22] SPD-Materialien zur Wirtschaftspolitik, hrsg. v. Parteivorstand, Bonn [August] 1957, S. 28.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

immer noch weitgehend im Unklaren, welche Branchen die SPD auf welche Weise sozialisieren wollte. Ihre politischen Gegner konnten gerade deshalb unterstellen, dass auch kleine und mittlere Betriebe verstaatlicht werden sollten, und damit einen unter den Wählern verbreiteten „Furchtkomplex" ansprechen. Während des Wahlkampfs distanzierte sich öffentlich nur Carlo Schmid von der ausgegebenen Linie, indem er es für hinreichend erklärte, den Montanbereich und vielleicht noch die Chemieindustrie „mit leichter Hand an langen Zügeln" zu halten. Im Parteivorstand wurde die „Eichler-Broschüre", „womit man sich jetzt draußen herumschlagen muß", jedoch bereits deutlich kritisiert. Nach dem Wahlausgang verschärfte sich die Kritik, und die Debatte wurde jetzt zum Teil auch zunehmend in der Öffentlichkeit geführt[23].

Den Tenor der Kritik fasste Helmut Schmidt auf dem sozialdemokratischen Parteitag 1958 zusammen, der von einer Unpopularität jeder Sozialisierung bei den Wählern allgemein und besonders unter den Angestellten ausging[24]. Das Festhalten am Ziel der Sozialisierung erschien ihren Gegnern als Hindernis auf dem Weg zur Macht: Bürgerliche Schichten und Strömungen im Wahlvolk würden dadurch ebenso verschreckt wie potentielle Koalitionspartner unter den bürgerlichen Parteien. Nur wenige gingen zwar so weit zu fordern, dass die SPD sich verpflichten solle, „die neo-liberale Wirtschaftspolitik der letzten Jahre im großen und ganzen beizubehalten"[25]. Aber vielen war klar, dass für ein Regierungsbündnis etwa mit den Freien Demokraten die Sozialisierungsforderung zurückgestellt werden müsse[26]. Das gelte ebenso im Hinblick auf die Wähler. Die Sozialisierung sei nicht nur ein „Bürgerschreck". Besonders die starken norddeutschen Verbände der Sozialdemokraten gaben sich überzeugt, dass „auch noch die ‚abgeschwächte' Sozialisierungsidee ganz erheblich Stimmen gekostet hat, darunter auch Arbeiterstimmen. Offensichtlich die Stimmen all derer, die vorwärts gekommen sind, im besten Sinne des Wortes selbst Bürger werden möchten und mit Sozialisierungsexperimenten das Gespenst einer unsicheren Zukunft aufsteigen sahen." Mit dem Appell an Klasseninteressen sei in der sich bildenden Mittelstandsgesellschaft kein Staat

[23] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 14. 8. 1957 (hier auch die Zitate zu „Furchtkomplex" und „Eichler-Broschüre") sowie 18. 9. 1957, in: AdsD; Rolf Reventlow, „Sozialisierung – Scheidepunkt sozialistischen Denkens", in: Vorwärts v. 10. 11. 1958 (Schmid zitierend); Wirtschaftspolitischer Ausschuss beim PV v. 17. 1. 1958, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BAK), NL Möller 1838.

[24] Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart (künftig: SPD-Parteitag 1958), S. 217–220; ähnlich ebenda, S. 225–227.

[25] Heinrich Troeger an Deist, 14. 1. 1957, in: AdsD, NL Deist 11. An den Rand der zitierten Stelle machte Deist ein doppelt unterstrichenes Fragezeichen.

[26] Gerhard Weisser an Deist, 10. 10. 1957, in: AdsD, NL Deist 43: „Wenn wir die Frage der Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum zurückstellen, dann im Sinne eines ehrlich gemeinten Kompromisses zur Erzielung einer leistungsfähigen Koalition. [...] Das würde hier im konkreten Fall heißen, daß man der FDP gegenüber sich zu einem Ruhenlassen dieser Forderung für die Dauer der Koalition verpflichtet."

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mehr zu machen, wohl aber mit dem an die – allen gemeinsamen – Konsuminteressen[27].

Gegen diesen Kurs einer verbraucherorientierten Volkspartei stemmten sich die Traditionalisten mit dem Hinweis, dass neun Zehntel der Parteibasis an dem Ziel der Sozialisierung festhielten[28]. Das stimmte zwar nicht ganz; nur die Hälfte der zum Parteitag 1958 eingereichten Entschließungen sprach sich für eine Überführung von Kohle, Stahl, Energie und zum Teil auch der Chemieindustrie sowie der Banken in Gemeinwirtschaft aus. Die andere Hälfte verlangte pragmatisch Klarheit darüber, ob und was sozialisiert werden sollte. Keine einzige Resolution von der Parteibasis plädierte allerdings dafür, Abschied von dem Ziel der Sozialisierung zu nehmen[29]. Selbst die Vertretung der proletarischen Basis der reformorientierten Hamburger Sozialdemokratie wollte „zunächst" Bergbau, Stahlbranche, Großchemie, Energiewirtschaft, „wichtigste Verkehrseinrichtungen", Kreditinstitute und Versicherungen in Gemeineigentum überführt wissen[30].

Verdichteten sich so in der Sozialisierungsfrage die gegensätzlichen Auffassungen über den zukünftigen Kurs der SPD in besonders hohem Maß, so stimmten die Kontrahenten doch darin überein, dass sie ihre Uneinigkeit in dieser Frage im gemeinsamen Parteiinteresse überwinden müssten. Direkt nach der Bundestagswahl 1957 wurde auf einer gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Kontrollkommission und Parteiausschuss eine Klärung im Wirtschaftspolitischen Ausschuss angekündigt[31]. Dort stellte ein vorbereitendes Arbeitspapier unwidersprochen fest: „An dem erheblichen Rückgang der Wahlchancen der SPD seit dem Herbst 1956 trägt die Unklarheit über die Wirtschaftspolitik der SPD, unter anderem die widerspruchsvolle Haltung zur Sozialisierung der Schwerindustrie, ein erhebliches Stück Schuld." Auch Helmut Schmidt fand allgemeine Zustimmung, als er daraus die Schlussfolgerung zog: „Also seien Programme nötig, die konkret und präzis sind, so daß jede Vieldeutigkeit unmöglich ist."[32] Bei diesem Versuch einer Konkretisierung sollte die Frage der zukünftigen Organisation der Kohlewirtschaft die zentrale Rolle spielen.

Solidarisierung durch Sozialisierung des Bergbaus?

Führende Vertreter der Traditionalisten im Wirtschaftspolitischen Ausschuss waren sein Vorsitzender Hermann Veit und Fritz Baade. Unter Berufung auf die sozialisti-

---

[27] Der Bremer Wirtschaftssenator Hermann Wolters im Vorwärts v. 1. 11. 1957. Vgl. auch „Niedersachsen-Bericht", 29. 10. 1957, in: AdsD, PV, Bestand Ollenhauer 397; Vortragsnotizen Helmut Schmidt, 10. 10. 1957, in: AdsD, Depositum Schmidt 5249.

[28] Vgl. SPD-Parteitag 1958, S. 233–235.

[29] Vgl. ebenda, S. 510–523.

[30] Resolution des Hamburger Betriebsgruppensekretariats, Februar 1959, in: AdsD, NL Deist 44; vgl. auch Entwurf der IG Metall zur Programmvorlage des DGB, in: Ebenda 45.

[31] AdsD, Protokolle PV, 25. 9. 1957, und Notizen dazu in Depositum Schmidt 5249.

[32] Protokoll vom 17. 1. 1958, in: BAK, NL Möller 1838.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schen Elemente im sozialdemokratischen Ideenhaushalt plädierten sie aus ökonomischen Gründen für eine möglichst weitgehende gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaft. Eine zufriedenstellende konjunkturelle Entwicklung sei sonst auf Dauer nicht möglich, meinte Veit. Das nur auf Erzielung individuellen Gewinns ausgerichtete liberal-kapitalistische System könne langfristig kollektiven Wohlstand nicht garantieren. Diese Überzeugung gipfelte in einer klassisch marxistischen Zusammenbruchstheorie: Die Bundesrepublik befinde sich, so Veit auf dem SPD-Parteitag 1958, bereits in einer Phase des „späten Kapitalismus". Illustriert wurde das zunächst durch den Hinweis auf die seit Jahrzehnten zur Gewohnheit gewordenen Versorgungsmängel im Energiebereich, die 1956/57 gerade wieder in einem akuten Kohlemangel kulminierten; später dann mit der Krise im Bergbau, deren Charakter einer langfristigen Trendwende zugunsten der Verbraucher 1958 noch nicht erkannt wurde, während man ihre negative Wirkung für die Bergleute betonte[33].

Dass angesichts der Wahlniederlagen immer mehr Sozialdemokraten aus taktischen Gründen auf den alten Programmpunkt Sozialisierung verzichten wollten, hielten die Traditionalisten daher für kurzsichtig. Mit mehr als einem Anflug des Bedauerns konstatierte Fritz Baade, die Partei sei bereits in der Weimarer Republik von einer Sozialisierung der Landwirtschaft, dann von der des Handwerks abgerückt, jetzt wolle man auch die der industriellen Großwirtschaft aufgeben. Dabei habe sich in der Sowjetunion mit der Verstaatlichung der Großindustrie deren Produktion beträchtlich erhöht. Das Gleiche gelte für die chinesische Landwirtschaft[34]. Die zeitgenössische Überschätzung des real existierenden Sozialismus ist hier offensichtlich. Sie speiste in der SPD einerseits den Widerstand gegen die außenpolitische Westorientierung und die Suche nach einem „dritten Weg"[35], andererseits den Glauben an die Gemeinwirtschaft als vermeintlich überlegene Alternative zum Kapitalismus. Wenn die Traditionalisten ihre Forderungen auf die Sozialisierung nur der Großbetriebe beschränkten, dann geschah das aus taktischen Gründen: Der erwartete Erfolg sollte für die Einführung der gemeinwirtschaftlichen Ordnung in der übrigen Wirtschaft werben.

Deshalb legten sie auch besonderen Wert auf die Sozialisierung des Kohlebergbaus. Die Zersplitterung der Kohlelager in viele kleine Besitzparzellen in Verbindung mit einer Rivalität der einzelnen, nach kapitalistischen Wettbewerbsprinzipien wirtschaftenden Zechengesellschaften verhinderte in ihren Augen eine rationelle Ausbeutung der Flöze. Werde dem durch staatliche Planung ein Ende gemacht, lasse

[33] Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, 7./8. 3. 1958, in: BAK, NL Möller 1838; Bericht über Delegiertenkonferenz Hessen-Süd 13. 9. 1959, in: Der Sozialdemokrat 10/1959; SPD-Parteitag 1958, S. 197–207 (Zitat S. 207); Karl Kühne, Gesellschaftsstruktur und geistige Situation der Sozialdemokratie, in: Die Neue Gesellschaft 5 (1958), S. 97 f.

[34] Vgl. Fritz Baade, „Einige Gedanken zum wirtschaftspolitischen Teil des Grundsatzprogramms", Memorandum Januar 1959, in: AdsD, NL Deist 44; vgl. auch die Debatte in den Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, 28. 11. 1958 und 23. 1. 1959, in: BAK, NL Möller 1839; Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der SPD vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg (künftig: SPD-Parteitag 1959), S. 88 und 197 f.

[35] Baade war führend in der „Anti-Atomtod-" und Ostermarschbewegung tätig.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die Lage der Branche im allgemeinen Interesse beträchtlich verbessern. Der Ruhrbergbau galt deshalb – auch schon vor dem Ausbruch seiner akuten Krise – als ein besonders geeignetes Objekt, um die Vorzüge gemeinwirtschaftlicher gegenüber kapitalistischer Ordnung beispielhaft zu demonstrieren[36].

Für die reformorientierten Gegner der Traditionalisten war dagegen, wie es einer ihrer Vertreter ausdrückte, der „Kapitalismus ohne Schrecken". Für sie bestand kein „echter Gegensatz" zwischen „demokratisch legitimiertem und kontrolliertem Kapitalismus und demokratischem Sozialismus". Die Scheidelinie verlaufe vielmehr zwischen diesen beiden einerseits, bolschewistischem Sozialismus und „plutokratisch legitimiertem und nicht kontrolliertem Kapitalismus" andererseits. „‚Sozialisierung' als Forderung ist und bleibt durchaus aktuell als konkretes operatives Instrument der großen Wirtschaftspolitik. [...] ‚Sozialisierung' als allgemeine Vergesellschaftung des ‚Produktionsmitteleigentums' jedoch etwa als Panacee oder Grundrezept des demokratischen Sozialismus gedacht, ist 1957 ein überständiges Schlagwort gestriger ‚sozialistischer' Philister geworden, das wie diese selbst ins Panoptikum gehört."[37]

Sprecher der Reformer in Wirtschaftsfragen war zunächst vor allem Heinrich Deist, der Hermann Veit im Sommer 1958 als Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei ablöste. Deist definierte als das eigentliche Problem den politischen Missbrauch wirtschaftlicher Macht. Von den beiden Elementen des sozialdemokratischen Ideenhaushalts betonte er das demokratische. Über den real existierenden Sozialismus machten die Reformer sich weniger Illusionen als die Traditionalisten, wobei für sie nicht die Frage der wirtschaftlichen Effizienz des „Staatskapitalismus" östlicher Prägung zentral war, sondern die Beobachtung, dass dieser eher noch mehr Möglichkeiten zum Missbrauch wirtschaftlicher Macht bot als der „Privatkapitalismus" im Westen. Die Konsequenz daraus schlug sich nieder in der Formel: „Nicht mehr Staat als nötig – soviel Freiheit als nur irgend möglich!"[38]

Nötig schien staatliches Eingreifen vor allem in solchen Branchen, wo wirtschaftliche Macht bei wenigen Großkonzernen lag und es zwischen diesen zudem kartellartige Verflechtungen gab. Nach Möglichkeit sollte es aber auch in solchen Fällen bei „öffentlicher Kontrolle" bleiben. Als deren Kernstück galt Deist die Kartellaufsicht, daneben auch Investitions- und Preiskontrolle. Wenn ein durch Konzerne und Kartelle geprägter Industriezweig jedoch soweit im „öffentlichen Interesse" liege – etwa wegen seiner militärischen Bedeutung –, dass seine enge Verflechtung auch mit staatlichen Institutionen unvermeidlich sei, könne man „auf die Möglichkeit der Überführung in Gemeineigentum nicht verzichten"[39].

---

[36] Vgl. Reventlow, „Sozialisierung", in: Vorwärts v. 10. 1. 1958.

[37] Gustav Kleinfeldt (Berlin) an Herbert Wehner, 24. 10. 1957, in: AdsD, Depositum Schmidt 5249.

[38] SPD-Parteitag 1958, S. 185. Es handelte sich dabei um eine verschärfte und konkretisierte Fassung der von Karl Schiller 1953 geprägten Formel „Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig". Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 322.

[39] „Entwurf Dr. Deist: Zum Problem Sozialisierung" [undatiert, Winter 1957/58], in: AdsD, NL Deist 23; vgl. Gerhard Weisser an Deist, 10. 10. 1957, und an Vorstand der SPD-Bundestagsfrak-

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Bedingungen konnten für Stahl und Kohle gelten. Tatsächlich schienen sie führenden Reformern eher noch in der Eisen- und Stahlindustrie als für den Bergbau zuzutreffen. Hier sei wirtschaftliche Macht noch mehr in wenigen Händen zusammengeballt als in den Zechengesellschaften, glaubte etwa Helmut Schmidt. Die Entscheidungszentralen der montanindustriellen, branchenübergreifenden Konzernverbände lägen zudem eher im Stahlbereich. Und schließlich werde Kohle durch das Vordringen der Atomkraft in Zukunft ohnehin beträchtlich an Bedeutung verlieren[40].

Deist hielt die politische Notwendigkeit „öffentlicher Kontrolle" bei Kohle und Stahl eigentlich für gleich groß[41]. Wenn er dennoch nur „den Kohlebergbau in Gemeineigentum überführen" wollte, standen dahinter taktische Motive[42]. Die Sozialisierung der Kohlebranche schien ihm in der Partei wie „draußen" die beste Wirkung zu versprechen. Deist strebte eine Überbrückung der innerparteilichen Grabenkämpfe mit den Traditionalisten in der Partei an, die aus wirtschaftlichen Gründen besonders auf die Sozialisierung des Bergbaus drängten. Als diese Gruppe im Wirtschaftspolitischen Ausschuss der SPD gegenüber den Reformern in der Minderheit blieb, die nur politische Motive für die Sozialisierung anerkennen wollten, erklärte Deist versöhnlich, es seien verschiedene Gründe denkbar, obwohl er selbst Führer der reformorientierten Mehrheit war[43]. Das Projekt einer Überführung der Kohlebranche in „Gemeineigentum" bildete die Grundlage eines innerparteilichen Kompromissangebots: Die Reformer offerierten den Traditionalisten die Erfüllung ihres heißesten Wunsches in Bezug auf den Bergbau, erwarteten dafür aber langfristig Ruhe, was die als Wahlhypothek eingeschätzte Sozialisierungsdebatte in anderen Bereichen anging[44].

Eine Sozialisierung nur des Bergbaus schien überdies auch Heinrich Deist schon vor dessen Krise durchaus populär zu sein. Die langjährige Kohlenmangellage habe das von jeher geringe Vertrauen der Öffentlichkeit in die „Schlotbarone" an der Ruhr noch weiter verringert, glaubte er. Trotz zahlreicher staatlicher Subventionen waren die privatwirtschaftlich betriebenen Zechen nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung der Versorgungslage imstande, wie Deist bei seiner Werbung um die Verbraucher nicht müde wurde zu betonen. Am Tag nach der Bundestagswahl 1957 provozierte nun gerade die Preiserhöhung des Unternehmensverbandes Ruhrkohle einen Aufschrei öffentlicher Empörung. „Insbesondere das Verhalten des Kohlebergbaus" in der Preisfrage schuf nach Deists Ansicht daher jetzt ein besonders günstiges

tion, 22. 11. 1957, in: Ebenda 43; Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, 7./8. 3. 1958, in: BAK, NL Möller 1838.

[40] Ebenda; SPD-Parteitag 1958, S. 217–220.

[41] Vgl. SPD-Parteitag 1958, S. 249.

[42] Ebenda, S. 249 f., bezeichnet er als seine grundsätzlichen Ziele, die „Einheit von Doktrin und politischer Praxis" zu schaffen und damit Wahlen zu gewinnen.

[43] Sitzung vom 7./8. 3. 1958, in: BAK, NL Möller 1838.

[44] Das war die Essenz von Deists Schlusswort in der Diskussion über seinen wirtschafts- und energiepolitischen Antrag auf dem SPD-Parteitag 1958, S. 254.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Klima für die „Überführung in Gemeineigentum"[45]. Im Fall der Kohle schien die Sozialisierung auch den Konsumenteninteressen zu entsprechen. Selbst ein der Entwicklung der SPD zur verbraucherorientierten Volkspartei gänzlich abgeneigter Altmarxist wie Wolfgang Abendroth griff diese Argumentationslinie auf, als er im November 1957 für die „Vergesellschaftung des Bergbaus im Kampf gegen die Kohlepreiserhöhung" plädierte[46].

Mit Traditionalisten und Reformern fanden so auch volks- und arbeiterparteiliche Tendenzen in der Sozialisierung der Kohlebranche eine gemeinsame Grundlage. Überführung in „Gemeinwirtschaft" gehörte nicht zuletzt zum traditionellen Forderungskatalog der organisierten Arbeiterbewegung an der Ruhr. Die Delegierten des 1955 stattgefundenen Kongresses der IG Bergbau hatten ihrem Vorstand erneut den Auftrag zu einer Initiative auf diesem Gebiet gegeben. Weil deshalb die Frage auf dem nächsten Verbandstag im Sommer 1958 „irgendwie behandelt werden" musste, suchte der Vorsitzende der Gewerkschaft Anfang des Jahres „eine Abstimmung mit der Partei"[47].

Der sozialdemokratische Parteivorstand war zu diesem Zeitpunkt gerade mit der Vorbereitung zur ebenfalls im Sommer stattfindenden nordrhein-westfälischen Landtagswahl beschäftigt. Er ergriff die günstige Gelegenheit, die auch die Wahlaussichten belastenden Unklarheiten und inneren Differenzen mit einem konstruktiven Plan zu überwinden. So betonte Herbert Wehner, man solle „versuchen, mit den Gewerkschaften in der Frage der Kohlewirtschaft einmal zu einem Schulfall der Verständigung zu kommen. Wir müssen heraus aus der geradezu sektiererischen Diskussion über die Sozialisierung." Es sollte eine Lösung gefunden werden, die die selbstzerstörerischen Debatten endlich abschloss[48]. Der Repräsentant des Bezirks Westliches Westfalen im Vorstand hob hervor: „Ebenso wie die IG Bergbau werden auch wir eine Entscheidung zur Sozialisierung fällen müssen." Daher wurde beschlossen, zum Parteitag im Mai einen konkreten Vorschlag ausarbeiten zu lassen. Konsequenterweise einigte man sich darauf, diese Aufgabe Heinrich Deist zu übertragen[49].

Deist hatte sich bereits kurz nach dem Debakel der Bundestagswahl und der am Tag darauf folgenden Kohlepreiserhöhung verstärkt mit den Möglichkeiten einer Sozialisierung des Ruhrbergbaus beschäftigt[50]. Dabei nahm er auch schon Kontakt zur IG Bergbau auf, deren Sitz sich in seinem Wahlkreis Bochum befand. Im Dezember 1957 gewann das Projekt einer gemeinwirtschaftlichen Organisation der Ruhrkohle bereits detaillierte Formen[51]. Im März und April 1958 wurde Deists Ent-

---

[45] „Entwurf Dr. Deist: Zum Problem Sozialisierung", in: AdsD, NL Deist 23; vgl. auch Deists Ausführungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuss, 7./8. 3. 1958, in: BAK, NL Möller 1838.

[46] „Leitsätze", in: Vorwärts v. 8. 11. 1957.

[47] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 24. 1. 1958, in: AdsD.

[48] Ebenda.

[49] Protokoll des SPD-Parteivorstands, 7. 2. 1958, in: AdsD.

[50] Memoranden vom 18. und 22. 10. 1957, in: AdsD, NL Deist 84.

[51] Deist an Frey/IGB, 19. 12. 1957, und Frey an Deist, 9. 1. 1958, in: Ebenda.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurf im Wirtschaftspolitischen Ausschuss der SPD diskutiert[52], im Mai dann als Vorstandsantrag auf dem in Stuttgart abgehaltenen Parteitag präsentiert.

Der Entwurf bestand aus zwei Teilen. Nur der erste entsprach eigentlich dem Titel des ganzen Antrags, der „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft" lautete[53]. Darin wurde zunächst die Gefahr beschworen, die die Zusammenballung von wirtschaftlicher Macht in Großunternehmen für kleine Unternehmer, „die freie Konsumwahl der Verbraucher" und die demokratische Ordnung bedeute. Es müsse aber auch „der Einfluß des Staates und seiner Bürokratie in Grenzen gehalten werden." Daher komme eine „Überführung in Gemeineigentum" nur dort in Betracht, wo alle anderen Mittel öffentlicher Kontrolle versagten. Bereits bestehendes Gemeineigentum im Bereich „natürlicher Monopole", wie der Verkehrswirtschaft, solle erhalten bleiben. Ausdrücklich wurde ein Bekenntnis zum Privateigentum abgelegt. Dieses sei besonders bei kleinen und mittleren Unternehmen nicht nur zu erhalten, sondern müsse „vielmehr gestärkt und gefördert werden". Auch die Bildung persönlichen Eigentums in allen Schichten, also im Effekt eine Entproletarisierung und Verbürgerlichung, wurde befürwortet.

Verkündete der erste Teil des Entwurfs von Deist damit das Credo der Reformer, so gab der folgende zweite, sich nur mit der Energiewirtschaft und besonders dem Bergbau befassende Teil den Traditionalisten Zucker[54]. An seinem Beginn stand die These: „Die Probleme der Energiewirtschaft können nach dem heutigen Stande der technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in privatwirtschaftlicher Form nicht mehr gelöst werden." Der Antrag erklärte deshalb die Überführung des Kohlebergbaus in Gemeineigentum für unverzichtbar. Eine dem „Gemeinwohl dienende Entwicklung der Kohlenwirtschaft" sei nur möglich, wenn sie durch eine dezentralisierte, von Regierung und Parlament kontrollierte „Körperschaft der wirtschaftlichen Selbstverwaltung" abgelöst werde, die den Bergbau als „Eigentum des ganzen Volkes" betreibe. Der nur grob skizzierte Aufbau dieser Organisation und die lediglich angedeuteten Regelungen für den Rest der Energiewirtschaft sollten verbindlich im Wahlprogramm für die kommende Bundestagswahl festgelegt werden[55].

Verbraucher wie Bergarbeiter litten nach Deists Vorstellung gleichermaßen unter der privatwirtschaftlichen Organisation der Branche, und beiden sollten in einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung wichtige Mitbestimmungs- und Kontrollrechte zukommen. Die Preissteigerungen für Kohle beeinflussten das gesamtwirtschaftliche Preisniveau negativ zuungunsten der Konsumenten. „Seit Jahren", so argumentierte Deist vor dem Parteitagsplenum im Mai 1958, könne zudem „der Kohlenbergbau in

[52] Protokolle v. 17. 1. 1958, 7./8. 3. 1958 und 18. 4. 1958, in: BAK, NL Möller 1838.

[53] SPD-Parteitag 1958, S. 489–491 (Abschnitt I und II, danach auch das folgende).

[54] Vgl. ebenda, S. 491–494 (Abschnitt III und IV).

[55] Auch dafür hatte Deist in seinem internen Memorandum „Zum Problem Sozialisierung" (AdsD, NL Deist 23) bereits konkrete Pläne entwickelt: „Im Grunde genommen handelt es sich um die Fortentwicklung der Verfassung einer AG zu einer Verfassung einer gemeinwirtschaftlichen Körperschaft."

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seiner privaten Form die Versorgung der Verbraucher nicht mehr sicherstellen. [...] Infolgedessen leiden bei hoher Konjunktur wichtige Verbraucher." Bei einer „kleinen Rezession" wie der gerade ausgebrochenen, die sich bald als Beginn der chronischen Bergbaukrise herausstellen sollte, würden dagegen Feierschichten auf Kosten der Arbeiter eingelegt. Es werde immer schwerer, „angemessene" Löhne für die Belegschaften zu sichern[56].

In einem sozialisierten Bergbau könnten dagegen „die Interessen der Gemeinwirtschaft mit dem Interesse an einer wirtschaftlichen Führung des Kohlenbergbaus und dem Interesse an einer ständigen Besserung der sozialen Lage der Belegschaften so abgestimmt werden, daß die bestmögliche Gesamtleistung erzielt wird". Das sollte in einem an die Stelle der Hauptversammlung der Privatunternehmen tretenden Gremium geschehen, „das sich aus Repräsentanten der Wirtschaft, der organisierten Arbeitnehmerschaft und des öffentlichen Interesses, insbesondere auch des allgemeinen Verbraucherinteresses zusammensetzt"[57]. Dieser vorgesehene Mechanismus des Ausgleichs von Arbeitnehmerinteressen und öffentlichen oder gesamtwirtschaftlichen Interessen, verstanden vor allem als die der Konsumenten, war zentrales Element von Deists Plan, das ihn von traditionellen Konzepten der Verstaatlichung abhob.

Wie sehr dieser Programmentwurf zumindest als Grundlage taugte, um alle Richtungen in der Sozialdemokratie auf seinem Boden zu vereinigen, zeigte die Reaktion auf dem Stuttgarter Parteitag. Schließlich hatte noch die Hälfte aller vorher zum Thema eingegangenen Resolutionen die traditionellen, ebenso umfangreichen wie realitätsfernen Kataloge von zu sozialisierenden Branchen enthalten[58]. Angesichts des von Deist verfassten Vorstandsantrags und des darin enthaltenen Kompromissangebots, die Sozialisierung im Bergbau nachdrücklich anzustreben, in anderen Bereichen aber faktisch darauf zu verzichten, bröckelte der Widerstand der Dogmatiker. Nur der harte Kern der Altmarxisten aus den Parteibezirken Hessen-Süd und Bremen wollte am Maximalziel umfassender „Vergesellschaftung" festhalten. Ihre Schwäche ließ sich allerdings schon daran ablesen, dass sie als Verzögerungstaktik dafür plädierten, die Entscheidung über den Antrag Deists zu vertagen, bis im nächsten Jahr die Erörterung des Grundsatzprogramms auf dem außerordentlichen Delegiertentag in Bad Godesberg anstand[59]. Denn flexiblere Traditionalisten wurden durch die konkreten Pläne für den Bergbau gewonnen. An der Kohle hofften sie, die Überlegenheit der Gemein- über die Privatwirtschaft demonstrieren zu können. Deshalb begrüßten sie den Antrag als Grundlage für ein Hineinwachsen in den Sozialismus[60].

Die Reformer zeigten sich dagegen befriedigt darüber, dass die Vorlage im allgemeinen Teil ihre Handschrift trug. Das Sozialisierungsthema schien damit als Hypo-

[56] SPD-Parteitag 1958, S. 188 f; Antragstext, in: Ebenda, S. 491.
[57] Ebenda, S. 493.
[58] Vgl. ebenda, S. 510–523.
[59] Vgl. ebenda, S. 208–214 und 233–235 (Radtke, Hesselbach, Boljahn).
[60] Vgl. ebenda, S. 221–224 (Birkelbach).

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

thek für Wahlen neutralisiert. In der gesamten SPD herrschte überdies Zufriedenheit, dass in dieser umstrittenen Frage endlich Klarheit geschaffen wurde. Kommende Probleme deutete allerdings der unmittelbar vor Schluß der Diskussion auf dem Stuttgarter Parteitag von Gewerkschaftsseite erhobene Vorwurf an, in Deists Vorstandsantrag werde das Arbeiterinteresse vernachlässigt. Tatsächlich waren die Interessen der breiten Bevölkerung zumindest im ersten Teil nur in dem der Konsumenten konkretisiert. Deist zog sich jedoch geschickt aus der Affäre, indem er die beginnende Bergbaukrise als zusätzliches Argument für eine Sonderbehandlung der Kohle instrumentalisierte: Da in der Energiewirtschaft ein „Strukturwandel" sicher bevorstehe, sei es auch „im Interesse dieser arbeitenden Menschen, den Kohlenbergbau in Gemeineigentum zu überführen"[61]. Das half, letzte Widerstände zu überwinden. Deists auch rhetorisch brillantes Schlusswort wurde vom Parteitagsplenum mit tosendem Beifall bedacht. Selbst Hermann Veit, der als Deists Korreferent zunächst noch verhaltene Kritik geäußert hatte, stellte sich hinter dessen Antrag. Mit „großer Mehrheit" wurde dieser angenommen[62]. Im Juni 1958 billigten Parteivorstand und Parteiausschuss ihn sogar einstimmig[63].

Bei der einen Monat später in Nordrhein-Westfalen stattfindenden Landtagswahl bestand die Deistsche Kompromissformel ihre Feuerprobe. Die SPD verlor zwar auch hier das Wettrennen um die Wählergunst an die CDU. Anders als noch bei den Bundestagswahlen im Herbst 1957 spielte die Sozialisierungsfrage dafür jedoch keine Rolle. Der politische Gegner konnte die Unklarheit des wirtschaftspolitischen Programms der SPD nicht mehr ausnützen. Auch gab es keinerlei Anzeichen dafür, dass das Bekenntnis zur Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum der Sozialdemokratie geschadet hatte. Deist wurde deshalb jetzt bedrängt, die noch für den nächsten Parteitag versprochene Konkretisierung seines Entwurfs zur Neuordnung der Energiewirtschaft beschleunigt durchzuführen[64]. Dazu kam es jedoch vorerst nicht.

Bergbaukrise und Godesberger Programm

Denn im Bergbau zeichnete sich, je mehr die Kohlekrise fortschritt, ein Abrücken der Gewerkschaft von der bisher nachdrücklich befürworteten Forderung nach Sozialisierung ab. Die Abwehr der geradezu über Nacht aufgetretenen Konkurrenz importierter US-Kohle und des Erdöls aus Nahost war für Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Branche gleichermaßen eine Existenzfrage. Seit der dramatischen Zuspitzung der Absatzkrise im Winter 1958/59 kam es zu einer Annäherung von Gewerkschaft und Unternehmensverband. Die IG Bergbau stellte dabei ihre frühere Sozialisierungsforderung weitgehend zurück, um eine einheitliche „Kohlefraktion"

[61] Ebenda, S. 238 f. (Kluncker) und 249 (Zitat Deist).
[62] Ebenda, S. 254.
[63] AdsD, Protokolle des SPD-Parteivorstands, 18. 6. 1958.
[64] Heinrich Troeger an Deist, 3. 7. 1958, in: AdsD, NL Deist 25.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für einen Schutz der Ruhr vor Importenergien zustande zu bringen. Sie arbeitete stattdessen gemeinsam mit den Unternehmern auf die Einführung von höheren Steuern und Zöllen hin, mit der die Konkurrenz aus Übersee ausgeschaltet werden sollte[65]. Die Stabilisierung der Kohlepreise auf diesem Weg wurde zur obersten Priorität der IG Bergbau. Und dafür sei, wie ihr Vertreter Ende Januar 1959 in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion erklärte, „die Sozialisierung des Bergbaus nicht das Heil". Dem wurde in einer hitzigen Debatte entgegengehalten, „das Interesse der Verbraucher" müsse „die Sonderinteressen überwiegen"[66].

Der Konflikt zwischen Verfechtern einer volksparteilichen, an Verbraucherinteressen orientierten SPD, und denen der traditionellen Arbeiterbewegung entzündete sich so an dem Disput über die richtige Reaktion auf die Kohlekrise erneut. Der Konsens über die Sozialisierung des Bergbaus zerbrach. Mit diesem Kernpunkt wurde aber auch der mühsam erreichte Kompromiss in der Sozialisierungsfrage als Ganzes hinfällig. Während der Diskussion über das Godesberger Programm fiel die SPD daher wieder hinter den ein Jahr zuvor erreichten Stand zurück: Innere Richtungskämpfe und programmatische Unklarheit begleiteten die Debatte über die wirtschaftspolitischen Teile des Grundsatzprogramms, die parallel zum ersten Höhepunkt der Kohlekrise ablief[67].

Bei der Formulierung des Programmteils zur Wirtschaftspolitik hatte seit den Wahlen von 1957 Heinrich Deist die entscheidende Rolle gespielt[68]. Der aus seiner Feder stammende Entwurf vom Frühjahr 1958 enthielt die Essenz des Sozialisierungskompromisses in den Sätzen: „Für die Energiewirtschaft, insbesondere für den Kohlenbergbau, liegt die Notwendigkeit einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung in Gemeineigentum offen zutage. [...] Die Gemeinwirtschaft ist so zu organisieren, daß auf ihre Führung die Konsumenten und die Öffentlichkeit ebenso wie die Arbeiter und Angestellten Einfluß ausüben."[69] Diese Formel vertrat Deist auch noch im Januar 1959[70]. Wenige Tage später musste er aber nicht nur miterleben, wie in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zwischen Vertretern der Bergarbeiter und der Konsumenten heftige Kontroversen über Kohlezoll und Ölsteuer ausgetragen

[65] Vgl. Christoph Nonn, Klassengegensatz und „Branchenindividualismus". Gewerkschaften und Unternehmer im Ruhrbergbau vor und in der Kohlenkrise, in: Mitteilungsblatt des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung 22 (1999), S. 36–58, und mit weiterem Material Nonn, Die Ruhrbergbaukrise.

[66] Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestags. Sitzungsprotokolle 1957–1961, bearb. von Wolfgang Hölscher, Düsseldorf 1993, S. 190 (27. 1. 1959) und S. 195 (30. 1. 1959).

[67] Zur Vorgeschichte des Programms als ganzem vgl. Soell, Erler, S. 245–267, 318–329, und Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 292–298, 308–335, 433–447, der zwar erwähnt, dass der wirtschaftspolitische Teil besonders umstritten war, darauf aber nicht näher eingeht.

[68] Vgl. Helmut Köser, Die Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Heinrich Deist und das Godesberger Programm, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1974, Nr. 14, S. 8–10.

[69] So besprochen im Unterausschuss Wirtschaft der Programmkommission am 10. 3. 1958, in: AdsD, NL Deist 43.

[70] Protokoll des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Diskussion zum Grundsatzprogramm, 23. 1. 1959, in: BAK, NL Möller 1839.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wurden, sondern auch überrascht das plötzliche Desinteresse der IG Bergbau an der Sozialisierung erkennen[71].

Als die Grundsatzkommission nach langer Pause im Sommer 1959 den wirtschaftspolitischen Programmteil wieder beriet, fehlte ein klares Bekenntnis zur Überführung des Bergbaus in eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung". An seine Stelle war die schwammige Formulierung getreten, in der Energiewirtschaft sei wie bei Verkehr, Landwirtschaft und Wohnungsbau „die entscheidende Mitwirkung der öffentlichen Hand heute unentbehrlich". Der Text nannte zwar nach wie vor Überführung in Gemeineigentum als Bestandteil des wirtschaftspolitischen Werkzeugkastens der Sozialdemokratie. Für welche Bereiche der Wirtschaft dieses Werkzeug angewendet werden sollte, war aber wie im Wahlaufruf zur Bundestagswahl von 1957 wieder völlig offen[72]. Dass der Bergbau in einem Atemzug mit Verkehrswesen, Landwirtschaft und Wohnungsbau genannt wurde, erhöhte die Verwirrung sogar noch. Denn da auch die bisher übliche Formulierung fehlte, die die Sozialisierung zum „letzten Mittel" erklärte, blieb es der Phantasie des Lesers überlassen, ob alle genannten Bereiche in „Gemeinwirtschaft" überführt oder lediglich die langjährigen staatlichen Interventionen fortgesetzt werden sollten[73].

Dieser Rückfall in die alte Praxis, innere Konflikte mit programmatischer Unklarheit überspielen zu wollen, legte die Lunte an die noch glimmenden Gegensätze zwischen linken Traditionalisten und rechten Reformern. Zum Sprecher der Linken machte sich jetzt vor allem Otto Brenner, der Vorsitzende der IG Metall. Ein Alternativentwurf der Gewerkschaft zum wirtschaftspolitischen Teil des Grundsatzprogramms griff die alten weitgehenden Forderungen wieder auf, nicht nur Bergbau und Energiebranche, sondern auch Eisen- und Stahlindustrie, Großchemie, wichtigste Verkehrseinrichtungen sowie Banken und Versicherungen zu sozialisieren. In Brenners Augen stellte der Programmentwurf keine „echte sozialdemokratische Alternative" dar; eine „Kritik und Abgrenzung zum Neo-Liberalismus" Erhardscher Prägung fehle vollkommen[74]. Auf der Parteirechten wurde der Entwurf der Kommission bezeichnenderweise genau entgegengesetzt interpretiert. Hier befürchtete man, einer Rückkehr zum Sozialismus marxistischer Tradition würden Tür und Tor geöffnet. Liberale Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit müssten gegen den der „Gemeinschaft" mehr betont werden[75].

---

[71] Vgl. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1957–1961, S. 185–197.

[72] Fassung vom 4. 7. 1959 (Besprechung zwischen Ollenhauer, Deist und den Kommissionsmitgliedern Eichler, Benedikt Kautsky und Heinrich Sänger), in: AdsD, NL Deist 41a.

[73] Nach einer unsignierten Notiz in: Ebenda, 41b, war die Formulierung, „Überführung in Gemeineigentum" sei „zweckmäßig und notwendig nur dort, wo mit anderen Mitteln eine gesunde Sozialordnung nicht gewährleistet werden kann", angeblich nur „aus Versehen" in der Fassung vom 22. 7. 1959 weggelassen worden; sie fehlte jedoch schon in der vom 4. 7. 1959.

[74] IG-Metall-Entwurf in: AdsD, NL Deist 45 (übermittelt mit Begleitbrief von Pass an Deist 13. 7. 1959); Brenner an Eichler, 10. 8. 1959, in: AdsD, Akten Eichler 6; handschriftliches Verlaufsprotokoll der erweiterten Grundsatzkommission v. 28. 7. 1959, in: AdsD, PV 04636 (daraus Zitate).

[75] Alex Möller an Deist, 21. 7. 1959, in: AdsD, NL Deist 45; Gerhard Weisser an Ollenhauer, 28. 8. 1959, in: AdsD, Akten Eichler 6.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach einem harten Zusammenstoß der Kontrahenten in der erweiterten Grundsatzkommission sah Erich Ollenhauer als Parteivorsitzender keine andere Möglichkeit zur Dämpfung des Konflikts, als den Wirtschaftsteil des Programms zu kürzen[76]. An Klarheit gewann dieser dadurch nicht. Wie das wenig überzeugende Wahlprogramm von 1957 schwieg sich auch das Godesberger Programm schließlich über die Wirtschaftsbereiche aus, die sozialisiert werden sollten. Andererseits betonte es jedoch, „Gemeineigentum" sei „eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. [...] Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig."[77]

Der auf dem Stuttgarter Parteitag 1958 mit Mühe geschmiedete Kompromiss zwischen Reformern und Traditionalisten – klares Bekenntnis der ganzen Partei zur Sozialisierung des Bergbaus gegen langfristiges Ruhen der Sozialisierungsdiskussion anderswo – zerbrach in Godesberg wieder. Die Rechte hielt sich in dem Gefühl, in der praktischen Politik der SPD mit Mehrheit ihren Kurs durchsetzen zu können, eher zurück. Dagegen attackierte die Linke energisch vor allem denjenigen Abschnitt des Godesberger Programms, der die Sozialisierungsfrage behandelte – oder sie vielmehr im Unklaren ließ. Die größte Zahl von Gegenstimmen wurde bei der Entscheidung über diesen Passus gezählt[78]. Auch in der Plenumsdiskussion wurde die Haltung des Parteivorstands 1959 von wesentlich mehr Sprechern kritisiert als ein Jahr zuvor. Die Kritik kam jetzt nicht mehr nur aus der traditionalistischen Hochburg Hessen-Süd wie noch 1958, sondern aus einer Vielzahl sozialdemokratischer Bezirke, und zwar auch von solchen Traditionalisten, die damals der Vorlage des Vorstands wegen dessen Eintreten für die Sozialisierung des Bergbaus zugestimmt hatten[79].

Die Aufnahme der Sozialisierungsforderung in das Grundsatzprogramm wurde in Godesberg 1959 von einem Berliner Delegierten gerade mit dem Hinweis auf die Bergbaukrise verlangt. Als Heinrich Deist, der die Überführung der Kohlebranche in Gemeineigentum anderthalb Jahre zuvor gleichermaßen begründet hatte, das jetzt ablehnte, weil Grundsätzliches und Konkretes nicht vermischt werden sollte[80], war das nur ein vorgeschobenes Argument. Nicht nur hatte er selbst in seinem Entwurf für das Grundsatzprogramm vom Frühjahr 1958 die Sozialisierung des Bergbaus dort verankern wollen. Er hatte sich auch noch kurz vor dem Godesberger Parteitag bei einer Sitzung des SPD-Vorstands, die gemeinsam mit der Führung der IG Bergbau abgehalten worden war, dafür ausgesprochen. Die Vertreter der Gewerkschaft, die gerade gemeinsam mit dem Unternehmensverband Ruhrbergbau für eine Ölsteuer kämpften, begegneten dem aber mit äußerster Kühle. Gegenüber Deist, der

[76] Handschriftliches Verlaufsprotokoll v. 28. 7. 1959, in: AdsD, PV 04636.
[77] Zit. nach Mommsen, Deutsche Parteiprogramme, S. 681.
[78] Vgl. SPD-Parteitag 1959, S. 322.
[79] Vgl. SPD-Parteitag 1958, S. 221–224; SPD-Parteitag 1959, S. 197 f., und ebenda, S. 82 f., 86–88, 172–175, 193 f., 198.
[80] Vgl. ebenda, S. 172–175 und 180.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die „Notwendigkeit der Überführung des Bergbaus in öffentlichen Besitz" im Godesberger Programm fordern wollte, betonte der Parteivorsitzende Ollenhauer deshalb, man könne „darüber diskutieren, ob es zweckmäßig ist, diese Forderung jetzt aufzubringen. [...] Unsere Solidarität mit der IG Bergbau darf jedoch nicht in Frage gestellt werden."[81] Im Interesse einer Rettung des guten Einvernehmens mit den Gewerkschaften, das bereits arg lädiert war, weil viele in der SPD die Interessen der Konsumenten verfolgten, flüchtete die Parteiführung sich wieder in die alte Taktik des Ausweichens vor klaren Entscheidungen. So wurden die in der Bergbaukrise aufbrechenden Konflikte verantwortlich für die Beliebigkeit der zentralen wirtschaftspolitischen Teile des Godesberger Programms.

Verzicht auf konstruktive Kohlepolitik

Die Differenzen zwischen Bergarbeitern und Energieverbrauchern in der Sozialdemokratie kamen durch das Godesberger Programm allerdings ebenso wenig zur Ruhe wie die Gegensätze zwischen Reformern und Traditionalisten in der Sozialisierungsfrage, die sich immer wieder exemplarisch am Bergbau entzündeten. Der eher den Traditionalisten nahestehende Erich Ollenhauer brachte das Thema vor Parteirat und -vorstand schon Ende Januar 1960 wieder auf. Die Partei, so Ollenhauer, müsse nicht nur ein eigenes vermögenspolitisches Konzept entwerfen, das von den Reformern gewünscht wurde, um der während des „Wirtschaftswunders" stattgefundenen Verbürgerlichung breiter Wählerschichten Rechnung zu tragen[82]. „Wir werden auch als Beispiel für unsere Vorstellungen über öffentliche Kontrolle und Gemeineigentum als Mittel der Kontrolle ausarbeiten müssen unsere Vorstellungen über die Neuordnung der Energiewirtschaft." Mit der Suche nach einer grundsätzlichen Lösung für die Strukturkrisen des kapitalistischen Systems, die mit dem Ende des Booms der fünfziger Jahre wieder einsetzten, stehe man „hier vor allen Dingen an Rhein und Ruhr vor einem der brennendsten Probleme wirtschaftspolitischer Art der Gegenwart"[83].

Die SPD-Führung konnte sich dieser Aufforderung kaum entziehen. Hatte sie sich doch 1958 selbst verpflichtet, „dem vor den nächsten Bundestagswahlen stattfindenden Parteitag" einen detaillierten Plan „für die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Energiewirtschaft" vorzulegen[84]. Um bei den Wahlen 1961 Probleme wie

[81] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 2./3. 10. 1959, in: AdsD.

[82] Darauf hatte besonders Waldemar von Knoeringen gedrängt. Vgl. dessen Ausarbeitungen „Schwerpunktprogramm für Propaganda", 10. 1. 1959, in: AdsD, PV, Bestand Ollenhauer 368, und „Politik – Werbung – Propaganda", 25. 5. 1959 (Auszüge in: Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 506 f.). Hintergrund waren die erfolgreichen vermögenspolitischen Initiativen der CDU. Vgl. Yorck Dietrich, Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961, Düsseldorf 1996.

[83] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 30. 1. 1960, in: AdsD.

[84] Vorstandsantrag „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft", in: SPD-Parteitag 1958, S. 494.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

1957 zu vermeiden, schien vielen die Schaffung von Klarheit nötig, die Godesberg nicht gebracht hatte. Der Zeitpunkt dafür war überdies günstig gewählt, um das Verhältnis zur IG Bergbau zu bereinigen. An der Ruhr hatte sich zum einen angesichts der Anfang 1960 vorübergehend wieder aufsteigenden Konjunktur die wenige Monate zuvor noch sehr angespannte Lage etwas beruhigt. Zum anderen war jedoch abzusehen, dass die Kohlebranche wegen des im Parlament quer durch die Parteien gehenden Widerstands der Verbraucher ihr eigentliches Ziel, eine weitere Einfuhren ausschließende oder zumindest begrenzende Höhe der Steuer auf Importöl, nicht erreichen würde. Eine Neuordnung der Energiewirtschaft, die vor allem auch den Mineralölbereich öffentlicher Kontrolle unterwarf, musste unter diesen Umständen als reizvolle Alternative erscheinen. Das galt umso mehr, als die bisherigen sozialdemokratischen Pläne für diesen Bereich Vertretern von Arbeitnehmern und -gebern großen Einfluss auf den Kurs des öffentlich-gemeinwirtschaftlichen Unternehmens zuzubilligen versprachen.

Mit dem Hinweis, dass ihre Konzepte nicht nur die Sozialisierung der Kohlenbranche, sondern ebenso eine – wenn auch erst in gröbsten Umrissen skizzierte – Planung der *gesamten* Energiewirtschaft vorsahen, hatten Ollenhauer und Heinrich Deist schon 1958/59 die IG Bergbau für ihre Ideen zu gewinnen versucht[85]. Damals waren diese Verständigungsangebote in der hitzigen, durch scharfe Konflikte geprägten Atmosphäre nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Nun aber signalisierte die auf anderem Weg nicht zu ihrem Ziel einer Ausschaltung der Ölkonkurrenz gekommene Bergarbeitergewerkschaft Interesse daran, „Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Gesamtenergiefrage unter dem gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkt zu suchen"[86].

Im Frühjahr und Sommer 1960 verfasste Deist einen detaillierten „Vorschlag zur Neuordnung der Energiewirtschaft"[87]. Er ging von der Annahme aus, dass infolge besonderer technischer und wirtschaftlicher Strukturmerkmale in den einzelnen Zweigen der Branche ein freier Wettbewerb als Ordnungsform ganz oder teilweise ausscheiden müsse. Zur Ausübung der deshalb unumgänglichen zentralen Kontrolle

---

[85] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 28./29. 11. 1958 und 2./3. 10. 1959, in: AdsD. Unter Anspielung auf den von der Ruhr erhobenen Vorwurf, die Ölgesellschaften kämpften mit Schleuderpreisen um den deutschen Energiemarkt, erklärte Deist etwa, zur „Planung in der Energiepolitik" gehöre „eine Kartellpolitik, die Dumpings verhindert".

[86] Protokoll der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Hannover, 21. bis 25. November 1960 (künftig: SPD-Parteitag 1960), S. 265 f. (Karl Bergmann). Da Bergmann als IG-Bergbau-Sprecher zuvor Desinteresse an der Sozialisierung des Bergbaus gezeigt hatte, interpretierte Deist diese Äußerung, die Gewerkschaft wolle offenbar „die Mineralölwirtschaft [...] in Gemeineigentum überführen oder sozialisieren", kritisierte dann die von den „Gewerkschaftskollegen [...] während des letzten Jahres in der kritischen Situation des Kohlenbergbaus" gezeigte Haltung und appellierte schließlich, man müsse „einmal deutlich sagen, wie wir da vorgehen wollen." Ebenda.

[87] Materialien und Entwürfe dazu in: AdsD, NL Deist 75 bis 82; eine erste Fassung unter dem Titel „Überlegungen zur Neuordnung der Energie- und Gaswirtschaft in der Bundesrepublik" vom 11. 4. 1960 mit ergänzenden handschriftlichen Notizen in: Ebenda, 22a; die 31seitige Endfassung des „Vorschlags" vom Juni (danach das folgende und die Zitate), eine anderthalbseitige Kurzfassung vom August sowie weitere Ausarbeitungen in: Ebenda, 22b.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sei ein Bundesministerium für Energiewirtschaft zu gründen. Als eine seiner Aufgaben war zunächst die Aufstellung von Prognosen über die voraussichtliche Entwicklung von Nachfrage und Angebot vorgesehen. Darüber hinaus sollte die als „für die Deckung des künftigen Energiebedarfs von entscheidender Bedeutung" eingeschätzte Atomwirtschaft in Form öffentlicher Unternehmen direkt vom Ministerium aus gelenkt werden. Die Elektrizitätswirtschaft sollte dagegen privatwirtschaftlich betrieben werden. Geplant waren allerdings Kartellaufsicht, Investitionskontrolle und Festlegung von Grundsätzen für die Preisgestaltung durch das Ministerium. Diesem wurde schließlich auch die „Regulierung" des Außenhandels mit Energie zugewiesen.

Das bezog sich vor allem auf den Mineralölbereich, das heikelste Thema. Klar sprach Deists Plan sich gegen die Förderung des heimischen Erdöls aus: Sie sollte als unwirtschaftlich eingestellt werden. Wesentlich vorsichtiger äußerte er sich dagegen zur kniffligen Frage des Importöls. Vorwürfe machte er ganz im Sinn der IG Bergbau der angeblichen Dumpingpraxis multinationaler Ölkonzerne auf dem westdeutschen Markt. Gegen die „seven sisters" Shell, Mobil, Esso, BP, Gulf, Texaco und Standard Oil sollten aber vor allem internationale Organisationen wie UN und EWG Maßnahmen ergreifen. Die Bundesrepublik könne eventuell ein staatliches Unternehmen nach dem Vorbild der italienischen ENI (Ente Nazionali Idrocarburi) als preisregulierende Konkurrenz gründen. Der Markt für Öl solle zudem einer Preis-, Investitions- und Importkontrolle unterworfen werden. Deren genaue Ausgestaltung blieb freilich unerläutert. Daran wurde aus der Verbraucherperspektive denn auch Kritik geübt[88]. Der knappe und unklare Abschnitt zum Mineralölbereich stellte offensichtlich den schwachen Punkt des Plans dar.

Dagegen waren die am Anfang stehenden Ausführungen zur Kohlewirtschaft besonders detailliert. Sie waren auch von dem Bemühen geprägt, gemeinsame Interessen von Konsumenten, der Gesamtheit der Steuerzahler und der Arbeitnehmer an einem sozialisierten Bergbau zu demonstrieren. Die privaten Zechengesellschaften wurden zum gemeinsamen Gegner aufgebaut. Hätten sie früher den Hausbrand unterversorgt, so hielten sie jetzt die Preise durch Zölle künstlich hoch: „Die Kosten trägt der Verbraucher." In der Krise hätten die Unternehmer sich zudem durch Feierschichten schadlos gehalten: „Die Kosten trägt der Arbeitnehmer." Die öffentliche Hand werde ohnehin bereits mit Investitionshilfen, Bergarbeiterprämien und Versicherungszuschüssen belastet: „Die Verluste des Steinkohlenbergbaus wurden inzwischen sozialisiert, die Gewinne fließen in private Hände. Die Kosten trägt der Steuerzahler."

Deist stimmte seinen Entwurf „zur Neuordnung der Energiewirtschaft" wiederholt mit den Führungsgremien der Partei ab, ohne dass gegen das Kernstück, die „Überführung des Kohlenbergbaus in Gemeineigentum", Einwände erhoben wurden. Im April 1960 präsentierte er die erste Fassung einem kleinen Kreis interessier-

[88] Richard Fischer an Max Brauer (Mitglied des Parteivorstands und Hamburger Bürgermeister), 20. 8. 1960, in: AdsD, NL Deist 22b.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ter Mitglieder des Parteivorstands. Offenbar traf dabei nur der Abschnitt auf Kritik, in dem Deist als Gedankenspiel alternativ zu einer privatwirtschaftlichen auch eine quasi-staatliche Ordnung der Elektrizitätswirtschaft erwogen hatte. Diese Überlegung fehlte jedenfalls in der Endfassung, die Anfang Juli im Wirtschaftspolitischen Ausschuss der Partei zur Diskussion stand. Hier beanstandete Helmut Schmidt die Verwendung des Wortes „Plan", sprach sich gegen die Gründung eines speziellen Energieministeriums aus und äußerte Skepsis über eine staatliche Ölgesellschaft. Schmidt insistierte jedoch auf keinem dieser Punkte, die für Deist auch nicht zu den zentralen seines Entwurfs gehörten, so dass er eine Überarbeitung vor der entscheidenden Sitzung des Parteivorstands am 24. August 1960 nicht mehr für nötig hielt[89].

Umso überraschender musste es für Deist kommen, als dort Willy Brandt das Herz des „Vorschlags zur Neuordnung der Energiewirtschaft" zwar im Ton verbindlich, aber in der Sache unnachgiebig in Frage stellte: Eine Festlegung auf Sozialisierung des Kohlenbergbaus halte er nicht für sinnvoll. Brandt war auf derselben Sitzung des Vorstands kurz vorher als Kandidat der Reformer zum Kanzlerkandidaten der SPD nominiert worden[90]. Sein plötzliches und kompromissloses Eingreifen in die Sozialisierungsdebatte[91] demonstrierte sowohl die schleichende Entfremdung zwischen den Reformern und ihrem ursprünglich wichtigsten wirtschaftspolitischen Sprecher Deist, wie auch die Veränderung der Gewichte in der Partei seit den Bundestagswahlen von 1957. Deist war es im Interesse einer inneren Integration der Sozialdemokratie darum gegangen, einen Kompromiss mit den Traditionalisten zu finden. Die Sozialisierung des Bergbaus spielte dabei eine Schlüsselrolle. In diesem Bemühen hatte er sich mehr und mehr Ollenhauer angenähert, der ihn nun zunächst auch gegen Brandt unterstützte. Vor allem den jüngeren unter den Reformern dagegen, die seit 1957 eine beständige Verstärkung des eigenen Lagers und eine Schwächung der Traditionalisten registrierten, erschienen Rücksichtnahmen auf diese zunehmend überflüssig. Die Salamitaktik, mit der sie von Deists Energieprogramm eine Scheibe planwirtschaftlicher Elemente nach der anderen abzuschneiden sich bemühten, war ein Ausdruck ihrer schwindenden Kompromissbereitschaft. Aber erst nachdem sie mit Willy Brandt endgültig ihren Mann als Kanzlerkandidaten durchgebracht hatten, setzten sie zum Generalangriff an: Mit Blick auf die Bundestagswahlen 1961 verlangten sie einerseits, jedes Bekenntnis zur Sozialisierung zu unterdrücken, andererseits das Bekenntnis zu einer Vermögenspolitik hervorzuheben, wie sie in den Grundzügen auch von der CDU/CSU vertreten wurde[92].

---

[89] Protokoll Wirtschaftspolitischer Ausschuss v. 8. 7. 1960, in: BAK, NL Möller 1839. Vgl. auch die Unterlagen zu den im kleinen Kreis stattfindenden Vor- und Nachbesprechungen in Deists Düsseldorfer Büro am 6. und 28. 7. 1960, in: AdsD, NL Deist 75.

[90] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 24. 8. 1960, in: AdsD. Zum Ablauf der Entscheidung für Brandt als Kanzlerkandidaten vgl. Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 508–510.

[91] Bis dahin hatte Brandt sich lediglich mit der Bitte eingeschaltet, die Partei solle im Godesberger Programm klarmachen, dass an eine Überführung in Gemeineigentum nur bei großindustriellen Betrieben gedacht sei (Brandt an Ollenhauer, 17. 7. 1959, in: AdsD, NL Deist 41a).

[92] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 24. 8. 1960, in: AdsD.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dabei galt für die Reformer die absolute Priorität der Wahltaktik. Sie glaubten, dass Deists „Vorlage für den Wahlkampf ein Mühlstein sei, den wir uns nicht um den Hals hängen sollten". Darin pflichteten ihnen nicht zuletzt die Vertreter Nordrhein-Westfalens im Parteivorstand bei. Im Ruhrgebiet könne man mit der Sozialisierungsparole keine Stimmen gewinnen. Nach Aussagen des Vorsitzenden der IG Bergbau sei dieser „in allen Versammlungen bei Bergarbeitern mit Ausführungen über die Überführung des Bergbaues in Gemeineigentum auf eisiges Schweigen" gestoßen. Während für die alte Arbeiterklientel der SPD Deists Konzeption keine Anziehungskraft mehr habe, verschreckten ihre Implikationen andere Wähler. In diesem Sinn meinte Willy Brandt, er sei zwar grundsätzlich „einverstanden mit der Konzeption. Die Überführung des Kohlebergbaues in Gemeineigentum wird jedoch draußen als Muster für allgemeine Sozialisierungsbestrebungen ausgelegt werden."[93] Um mehr Wähler aus den wachsenden bürgerlichen und Aufsteigerkreisen zu gewinnen, wollten sich die Reformer jedem „Vorwurf prinzipieller Eigentumsfeindlichkeit" entziehen[94]. Deshalb glaubten sie jede Festlegung auf Sozialisierung vermeiden zu müssen.

Vergebens kritisierten einige Mitglieder des Parteivorstands in der Sitzung am 24. August – die nicht allein für die Linie der SPD bei den nächsten Bundestagswahlen, sondern während der gesamten sechziger Jahre vorentscheidend sein sollte – diesen Kurs mit dem Argument, die Sozialdemokratie verliere dadurch an „Profil". Umsonst plädierte der Vorsitzende Ollenhauer, der die „Diskussion für bedrückend" hielt, gegen die beabsichtigte Verwischung der Position zur Sozialisierung des Bergbaus: „Im Wahlprogramm muß man aussagen was man will und die Partei muß ein Gesicht behalten." Da dieser Appell nur von einer Minderheit unterstützt wurde, legte Ollenhauer Heinrich Deist schließlich ein Einlenken auf Brandts Forderung nahe, seinen „Vorschlag zur Neuordnung der Energiewirtschaft" auf dem die Bundestagswahl vorbereitenden Parteitag nicht zu behandeln[95]. Deist bestand jedoch darauf, dass die Parteiführung „sich einer Entscheidung nicht entziehen könne", und verfasste eine ausführliche Stellungnahme, um das SPD-Präsidium für sein Anliegen zu mobilisieren. Der „Vorschlag", betonte er darin, würde „nur Bekanntes etwas konkretisieren". In formaler Anpassung an die wahltaktische Argumentation seiner Gegner warnte er, die von Brandt geforderte „möglichst nichtssagende Vorlage" für den Parteitag werde dort nur Protest der marxistischen Traditionalisten provozieren und schließlich wie 1957 auch bei den Wahlen 1961 eine zerstörerische Sozialisierungsdiskussion heraufbeschwören. Doch das Präsidium schloss sich, unter Wortführung von Herbert Wehner, Brandts Position an[96].

---

[93] Ebenda. Zitate: Erwin Welke (Westliches Westfalen, ähnlich der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie Fritz Steinhoff), Alfred Nau, Brandt.

[94] „Vermerk betr. Energiewirtschaft" vom 10. 9. 1960 über die Parteivorstandssitzung am 24. 8. 1960, in: AdsD, NL Deist 22b.

[95] Protokolle des SPD-Parteivorstands, 24. 8. 1960, in: AdsD.

[96] Protokolle des Präsidiums, 12. 9. 1960 (erstes Zitat) und 26. 9. 1960, in: AdsD; Deists „Vermerk betr. Energiewirtschaft" vom 10. 9. 1960 (alle weiteren Zitate), in: AdsD, NL Deist 22b.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Daraufhin gab Deist klein bei und schrieb eine kurze, in der Tat nichtssagende Entschließung zur Bergbaukrise für den Parteitag, die die Zustimmung des Vorstands fand. Aussagen zur Sozialisierungsfrage suchte man in ihr vergeblich. Irgendwelche konkreten oder konstruktiven Vorschläge zur Lösung der Krise enthielt sie ebenso wenig. Stattdessen erschöpfte sich die Kritik an angeblicher Untätigkeit der Bundesregierung. Hatte der sozialdemokratische Vorstand 1958 versprochen, ein eigenes Programm zu Bergbau- und Energiefragen vorzulegen, betonte er jetzt die Kompliziertheit der Materie, die zunächst von einer „Kommission unabhängiger Sachverständiger" beraten werden müsse. Diese Expertenkommission sollte zudem erst nach einem sozialdemokratischen Wahlsieg berufen werden[97]. Schließlich strich der Vorstand auch noch einen von Deist formulierten Passus im Regierungsprogramm, der die Kommission ursprünglich auf eine Frist von zwei Jahren für die Vorlage von Ergebnissen verpflichtete[98]. Jegliche Festlegung wurde umgangen, die Entscheidung über ein eigenes Konzept zur Bewältigung der Kohlenkrise doppelt und dreifach verschleppt.

Die „Ära Brandt" und die „Amerikanisierung" der politischen Kultur

Der dilatorische Umgang mit der Bergbaukrise gibt aufschlussreiche Fingerzeige für den von der SPD unter Brandt seit 1961 eingeschlagenen Kurs. Das von Interessengegensätzen geprägte Gebiet der Wirtschaftspolitik wurde dabei so weit wie möglich gemieden. Wenn dieses verminte Terrain nicht zu umgehen war, betonte die Partei gezielt die Ideologie des „unpolitischen" Expertentums, das sachlich und unparteiisch Konflikte lösen würde. Der sozialdemokratische Wahlkampf wurde nach ausgiebig studiertem amerikanischen Vorbild zur „personality show": Der Schwerpunkt der Bemühungen lag auf der organisatorisch und technisch perfekten Präsentation der „Mannschaft", insbesondere des als dynamische junge Alternative zum greisen Adenauer herausgestellten Brandt. Es entbehrte nicht ganz der Ironie und machte diesen personenzentrierten Wahlkampf jedenfalls anfällig für Kritik, dass gerade auf seinem Höhepunkt die Popularität des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten 1961 – nach den Umfrageergebnissen – starke Einbußen erlitt[99].

---

[97] Vgl. den von Deist auf den 28. 9. 1960 datierten und am Folgetag im PV akzeptierten Entwurf, der unverändert im Protokoll des SPD-Parteitags 1960 (S. 726 f.) abgedruckt ist. Der Entwurf wurde von Ollenhauer vorgestellt (S. 88 f.) und einstimmig angenommen (S. 267).

[98] Entwurf und Endfassung des Regierungsprogramms, in: AdsD, NL Deist 56.

[99] Vgl. das viele zeitgenössische und spätere Urteile zusammenfassende Resümee bei Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 514 f., der Aufbau von Brandt „als politisch unverbindliche, glättende, harmonie- und sympathieheischende Integrationsfigur" sei auf der Basis „einer Täuschung über das tatsächlich vorhandene politische Interesse der Bürger" erfolgt. Zur Anlage der sozialdemokratischen Wahlkämpfe und ihrer Orientierung am amerikanischen Vorbild in den sechziger Jahren siehe auch Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 48; Alex Möller, Genosse Generaldirektor, München 1978, S. 173–190; Rolf Meyer/Rolf Heyen, Campaigning an Rhein und Ruhr, Düsseldorf 1965.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Heinrich Deists Warnungen vor einem Debakel wie dem von 1957 bewahrheiteten sich allerdings nicht. Die unklare Haltung der SPD zur Sozialisierung erregte im Wahlkampf kein größeres Aufsehen, und es gab auch keine bedeutenden parteiinternen Auseinandersetzungen mehr darüber. Im Vorfeld des Parteitags von 1960 hatte die hessische Hochburg der Altmarxisten, unterstützt von Otto Brenner, zwar noch einmal in einem Antrag ihr Sozialisierungsanliegen vorgebracht. Zu einer Debatte kam es darüber jedoch nicht. Die nichtssagende, über Sozialisierung kein Wort verlierende Entschließung zur Bergbaukrise wurde ohne Gegenstimme angenommen. Zum einen waren die Zeiten vorbei, in denen die IG Bergbau auf eine Beschäftigung mit der Sozialisierungsfrage gedrängt hatte. Zum anderen konzentrierte sich das zusammengeschmolzene Häuflein der Traditionalisten auf die Bekämpfung der vermögenspolitischen Vorlage des Parteivorstands[100]. Statt wie Deist und Ollenhauer den Kompromiss zu suchen und sich um eine Integration der Linken zu bemühen, setzten die übermächtig gewordenen Reformer darauf, die Traditionalisten kaltzustellen[101]. Für den Rest der sechziger Jahre gelang das weitgehend.

Die Reformergruppe um Brandt baute überdies nicht nur auf personenzentrierte und organisatorisch perfektionierte Wahlagitation. Wenn sie der SPD in wirtschaftspolitischer Hinsicht ein ausgesprochen schwaches Profil verordnete, so zeigte sie in anderen Politikbereichen durchaus deutlich Flagge. Auch dabei orientierte sie sich an amerikanischen Vorbildern. Neben Klaus Schütz, dem Leiter von Willy Brandts Berliner Organisationsbüro, hatte auch Alex Möller im Auftrag des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten 1960 den Präsidentschaftswahlkampf Kennedys vor Ort beobachtet. Während Schütz organisatorisch-technische Anregungen für die Bundestagswahlen 1961 sammelte, informierte sich Möller, dem die Machtübernahme der Reformer in der SPD einen beispiellos steilen Aufstieg bis in den Parteivorstand brachte, eingehend über die Wahlplattform der US-Demokraten[102].

Die Sozialdemokraten haben zwar verständlicherweise die ihnen oft in polemischer Absicht gemachten Vorwürfe[103] abgewehrt, die SPD habe 1961 und bei den folgenden Bundestagswahlen „Kennedys Wahlkampf kopiert"[104]. Brandt selbst

[100] Vgl. SPD-Parteitag 1960, S. 84–88, 621, und die darin enthaltenen Verhandlungen des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik, passim. Gegen den Antrag des PV zur Vermögensbildung gab es 30 Gegenstimmen und mehrere Enthaltungen.

[101] So erklärte der Parteivorstand 1961 eine Mitgliedschaft im SDS und angeschlossenen Organisationen mit der in der SPD für unvereinbar, was den Ausschluss von Traditionalisten wie Wolfgang Abendroth und anderen zur Folge hatte. Vgl. Klotzbach, Weg zur Staatspartei, S. 458–467; Soell, Erler, S. 902–910.

[102] Vgl. Möller, Genosse Generaldirektor, bes. S. 173–175 und 185.

[103] Vgl. dazu Beatrix Bouvier, Zwischen Godesberg und großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn 1990, S. 203.

[104] Willy Brandt, Erinnerungen, Berlin ²1989, S. 71. Auf die Wiedergabe des Vorwurfs folgt bezeichnenderweise die Erklärung: „Das habe ich so nicht empfunden. Gewiß, wie so viel anderes ist bei uns in Deutschland und anderswo in Europa auch das Ringen um das Vertrauen der Bürger durch amerikanische Werbepraktiken beeinflußt worden. Was ich von den zu neuen Ufern aufbrechenden Amerikanern lernte, hatte jedoch mehr mit Inhalt als mit Äußerlichkeit zu tun." Ähnlich widersprüchlich Klaus Schütz, Die Legende von einem deutschen Kennedy, in: Bernd Polster

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

berichtete freilich auch, dass der frischgewählte amerikanische Präsident das ihm vom deutschen Kanzlerkandidaten im Frühjahr 1961 vorgestellte Programm lächelnd kommentierte: „That sounds familiar."[105] Die Reformergruppe in der SPD hatte sich ohnehin schon seit Mitte der fünfziger Jahre auf ausgedehnten Reisen und durch intensive persönliche Kontakte zu amerikanischen Politikern und Wissenschaftlern über die politische Kultur in den USA informiert. Eine zentrale Rolle spielte dabei der deutschamerikanische Politologe Otto Kirchheimer, den Brandt über Fritz Erler kennenlernte[106].

Kirchheimer führte später – 1965 – auch die Kategorie der „catch-all-party" in die Politikwissenschaft der Bundesrepublik ein[107]. Dieser Begriff wurde in deutscher Übersetzung häufig nicht ganz korrekt mit dem der „Volkspartei" wiedergegeben und bald mit diesem Konzept bis zur Ununterscheidbarkeit vermischt. Er beschrieb im Grunde nur eine in den USA schon länger bestehende politische Praxis. Wesentliches Merkmal der „catch-all-party" nach Kirchheimer ist der Verzicht auf scharfe ideologische Konturen. Diese würden zugunsten einer größeren Anziehungskraft auf Wähler aller Gruppen „geopfert". Neben der Herausstellung charismatischer Führungspersönlichkeiten versuche die „catch-all-party" ihre Stimmenzahl vor allem durch Aufgreifen von „Fragen zu erreichen, mit denen solche Ziele berührt werden, die in der Gemeinschaft kaum Widerstand hervorrufen"[108].

Mit der Einführung dieses Konzeptes in die westdeutsche Politologie folgte die Theorie der Praxis. Tatsächlich beschrieb Kirchheimer, der die Entwicklung zur „catch-all-party" in Westeuropa nicht zuletzt am Beispiel des Umbruchs in der deutschen Sozialdemokratie erläuterte, damit eine Entwicklung, die er bewusst oder unbewusst selbst mit angestoßen hatte. Wer wie die Reformergruppe in der SPD den Glauben an die Möglichkeit völliger Aufhebung gesellschaftlicher Gegensätze im Sozialismus verloren hatte, dem stand nur allzu deutlich vor Augen, dass eine Festlegung auf bestimmte wirtschaftspolitische Maßnahmen zwangsläufig eine Parteinahme für bestimmte Interessengruppen bedeutete – und damit andere potentielle Wähler abstieß. Für die von Willy Brandt seit 1960 öffentlich herausgestellten Forderungen nach verstärkten Anstrengungen im Bildungsbereich, Ausbau des Gesundheitswesens und Verbesserung der Lebensqualität, angereichert durch die Demokratisierung aller Lebensbereiche, galt das nicht. Dabei handelte es sich vielmehr um Anliegen, über deren Sinn und Berechtigung ein gesellschaftlich umfassender Konsens entweder bereits bestand oder gerade im Entstehen begriffen war. Es gelang der

(Hrsg.), Westwind. Die Amerikanisierung Europas, Köln 1995, S. 28–34, und Brandt, Begegnungen, S. 48.

105 Ebenda, S. 87.

106 Vgl. ebenda, S. 80–82; Soell, Erler, S. 1121, Anm. 471.

107 Vgl. Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Politische Vierteljahresschrift 6 (1965), S. 20–41.

108 Ebenda, S. 27 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD unter Brandts Führung jedoch, diese Themen zu einem guten Teil politisch zu „besetzen"[109].

Ein gutes Beispiel dafür ist Brandts Kampagne für einen „blauen Himmel über der Ruhr" 1961. Zum ersten Mal in einem bundesdeutschen Wahlkampf legte ein Spitzenpolitiker den Schwerpunkt auf Umweltfragen, während er die schwelende Bergbaukrise als Thema links liegen ließ. Die ungewohnte Themenwahl wurde vom politischen Gegner zunächst belächelt, bald aber angesichts ihres Erfolgs eilig kopiert[110]. Nicht nur hatten die Verunreinigung der Luft und andere Formen der Umweltverschmutzung – im Ruhrgebiet seit seiner rasanten Industrialisierung von jeher ein Problem – während des überstürzten Wiederaufbaus nach dem Krieg noch einmal zugenommen. Die Klagen aus der Bevölkerung darüber mehrten sich seit Ende der fünfziger Jahre wohl auch deshalb signifikant, weil zu diesem Zeitpunkt elementarere Bedürfnisse gesichert erschienen und das Interesse sich in Richtung auf mehr Lebensqualität verlagerte[111]. Reinere Luft und insgesamt eine saubere Umwelt waren zudem ein allgemeines Anliegen, über das kaum Interessenkonflikte entstehen konnten.

Dagegen enthielt die Festlegung auf einen konkreten und konstruktiven Plan zur Bekämpfung der Bergbaukrise, wie ihn Heinrich Deist vorgelegt hatte, viel Konflikt- und Sprengstoff. Das galt nicht nur für Gegensätze zwischen Arbeit und Kapital. Es galt auch für die Spannungen zwischen der gesamten Kohlenbranche einerseits, mit ihrem Interesse an einer Ausschaltung der überlegenen Importkonkurrenz, und den primär an möglichst billiger Energie interessierten Verbrauchern in anderen Branchen und Privathaushalten andererseits. Soweit Deists Vorschlag solche taktischen Aspekte überhaupt berücksichtigte, ging er davon aus, dass die Masse der von der Bergbaukrise Betroffenen – Bergarbeiter, Verbraucher und Steuerzahler – gegen die kleine Gruppe der Unternehmer zu vereinigen sei. Das entsprach dem traditionellen Volksparteikonzept sozialdemokratischer Prägung. Die Erfahrungen während des Krisenhöhepunktes von 1958/59 legten aber eher den Schluss nahe, dass die vertikalen Gegensätze zwischen den Branchen, beziehungsweise zwischen Erzeugern und Verbrauchern von Energie, dem Versuch einer Solidarisierung der „kleinen Leute"

[109] SPD-Parteitag 1960, S. 665–668; vgl. auch materialreich Bouvier, Godesberg. Es wäre lohnend, diesen Aspekt der „Amerikanisierung" unter der Fragestellung nach der Entwicklung politischer Kultur in der Bundesrepublik eingehender zu behandeln, was hier nur ansatzweise und exemplarisch geschehen kann.

[110] Dazu und zum folgenden vgl. Franz-Josef Brüggemeier/Thomas Rommelspacher, Blauer Himmel über der Ruhr. Geschichte der Umwelt im Ruhrgebiet 1840–1990, Essen 1992, bes. S. 62–73 und 204–208; Der Spiegel v. 9.8.1961, S. 22–33 (speziell zu Brandts Kampagne); Informationsabend der CDU Bochum, 8.5.1961, in: Archiv für christlich-demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, II-077-44; Protokolle der Verhandlungen und Anträge vom Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschland in Köln, 26. bis 30. Mai 1962, S. 25 f. Eine Sendung des NWDR stellte im Februar 1962 fest: „Seit das Thema Luftverschmutzung durch den Wahlschlager ‚Blauer Himmel über der Ruhr' zu einem Politikum gemacht worden ist, scheint die Öffentlichkeit gegen schlechte Luft besonders allergisch geworden zu sein." Manuskript in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 310/240, dort auch weiteres umfangreiches Material.

[111] Vgl. dazu auch Kirchheimer, Wandel, S. 28 f.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gegen „die da oben" entgegenstanden. Brandt und die Reformer gaben deshalb der Weiterentwicklung des Volkspartei-Konzepts zu dem der „catch-all-party" den Vorzug: Sie konzentrierten sich auf die Propagierung konsensualer Themen und sparten kontroverse aus – nicht ohne Erfolg, wie die Entwicklung der SPD in den sechziger Jahren zeigte.

Jahrgang 50 (2002), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2002_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte